

Berlin, den 21. März 2022

Stellungnahme des Campusgrün Bundesvorstandes zum Referentenentwurf eines 27. Änderungsgesetzes zum Bundesausbildungsförderungsgesetz

Das BAföG soll reformiert werden - das klingt gut, vor allem, da im Koalitionsvertrag zwischen SPD, GRÜNEN und FPD wichtige Veränderungen thematisiert und versprochen wurden. In der Umsetzung sind die vorgesehenen Änderungen aus unserer Sicht allerdings bisher enttäuschend und verpassen es wieder, Studierenden eine Perspektive hin zu einem gerechten BAföG zu liefern.

Die geringfügige Anhebung der Fördersätze sowie der Wohnpauschale sind nicht ausreichend, um die Inflation der letzten Jahre auszugleichen, von den stark steigenden Mieten gar nicht zu sprechen. BAföG-Fördersätze sind weiterhin viel zu niedrig, sodass Studierenden am Ende des Monats immer noch das Geld zu knapp ist. Die jetzigen Anhebungen wirken vor diesem Hintergrund willkürlich und erfolgen ohne System - deswegen fordern wir jährliche Anhebungen der Fördersätze. Die Anhebung muss auf den tatsächlichen Bedarf angepasst werden und durch eine Kommission vorgeschlagen werden, die Studierendenverbände mit einbezieht und so den realen Bedarf mit in den Blick nimmt. Zudem fordern wir die sofortige Einführung einer Digital- und Lernmittelpauschale, um sicherzustellen, dass Studierende Mittel für eine adäquate Ausstattung fürs Studium haben. Vor allem angesichts überall präsenter digitaler Lehre sind Mittel für die digitale Ausstattung wichtiger denn je, sodass die Einführung von einem bundesweiten Studienstartbonus zusätzlich dringend angegangen werden sollte.

Auch langfristig mangelt es nach wie vor an einer Perspektive hin zum Vollzuschuss. Dieser muss weiterhin angestrebt werden, gleichzeitig braucht es Überbrückungshilfen. Die Maximalschuldlast muss dementsprechend drastisch abgesenkt werden. Darüber hinaus muss die derzeitige Aufteilung von Darlehen und Zuschuss im Verhältnis 1:1 so umgelagert werden, dass der Zuschuss den größeren Teil annimmt. Auch dürfen zusätzliche Fördermittel, wie der Studienstartbonus oder Notfallmechanismen, auf keinen Fall weitere Verschuldungskomponenten darstellen. Studienstartboni und Notfallmechanismen dienen als akute Hilfe und Förderung, die vor allem in sozial prekären Lagen bezogen werden. So dürfen diese keine hinzukommende finanzielle Belastung darstellen - im Gegenteil, sie müssen kurzfristig entlasten.

Auch die Förderbedingungen wurden in unsere Augen nicht ausreichend thematisiert. Die diskutierte Anhebung der Altersgrenze auf 45 Jahre ist zu begrüßen, betrifft allerdings in der Praxis nur eine kleine Gruppe. Es braucht Lösungen und Perspektiven, wie BAföG tatsächlich für mehr Studierende zugänglicher wird. Die Förderhöchstdauer muss angehoben werden, Leistungsnachweise müssen fallen, die Altersgrenze muss gestrichen werden, Eltern-, Vermögens- und Einkommensunabhängigkeit müssen eingeführt werden und Studienfachwechsel müssen vereinfacht werden. Die momentanen Regelungen entsprechen einem idealen Bildungsweg, den es so in der Praxis nicht gibt und Ehrenämter oder Nebenjobs während des Studiums fast unmöglich machen. Praxiserfahrungen müssen allerdings ermöglicht werden, was durch einen BAföG-Bezug eher erschwert wird. Daraus folgt für uns, dass die Förderhöchstdauer dringend angehoben werden muss.

Wir begrüßen die fortschreitende Digitalisierung der BAföG-Anträge. Allerdings löst dies die Problematik der langsamen Bürokratieprozesse sowie Auszahlungsschwierigkeiten nicht.

Es braucht praxisnahe Lösungen, damit Ämter enger miteinander zusammenarbeiten und der Austausch von Daten und Dokumenten deutlich beschleunigt wird. Nur so können Auszahlungsschwierigkeiten und verlangsamte Prozesse beschleunigt werden.

Bei Krisen sollte schnelles Handeln auch weiterhin möglich sein. Dementsprechend fordern wir das Beibehalten der jetzigen Verordnungsermächtigung. Bei überregionalen Krisen sollten Länder Regelungen zur Verlängerung der Förderhöchstdauer treffen können.

Die versprochenen Änderungen im Koalitionsvertrag wurden in unseren Augen mit der aktuellen Reform und dem vorliegenden Gesetzesentwurf bisher verpasst. Die angekündigte Reform ist eher eine Novelle, die versucht, die Versäumnisse der letzten Jahre auszugleichen, anstatt wichtige Schritte hin zu einer echten Chancengleichheit in der Bildung zu gehen. Wir fordern daher eine wirkliche Reform, die eine klare Perspektiven zum Vollzuschuss beinhaltet, die Maximalschuldlast senkt und Fördersätze auf den tatsächlichen Bedarf anpasst.

Für Rückfragen stehen wir unter vorstand@campusgruen.de zur Verfügung.

Der Campusgrün Bundesvorstand